

## Aus dem Inhalt

### Kirchen

Bischof Dröge: Papst soll sich zu Reformation bekennen 3

Heckel: Kindergottesdienste auch mit wenigen Teilnehmern 3

### Gesellschaft

UN-Jahr der Wälder eröffnet 7

### Soziales

Rösler will weniger Bürokratie in der Pflege 16

### Kultur

Kirchliches Filmfestival: Preis für Doku über jüdischen Friedhof 19

### Medien

Evangelischer „WebFish“-Preis für hessische Kirchengemeinde 22

### Ausland

Menschenrechtsgericht: Kruzifixe in italienischer Schule rechtens 25

### Entwicklung

EKD-Friedensbeauftragter kritisiert Luftangriffe 28

Präsident Boni in Benin im Amt bestätigt 30

Ägyptische Kopten sehen Hoffnungen enttäuscht 32

Impressum 34

## Bischof Friedrich: Kirchen keine Nutznießer der Katastrophen

Ratzeburg (epd). Die Kirchen sind nach Ansicht des bayrischen Landesbischofs Johannes Friedrich „keinesfalls Nutznießer“ der gegenwärtigen Katastrophen auf der Welt. „Wir sind nicht die besseren Politiker“, sagte der Vorsitzende der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) am Montag vor Journalisten in Ratzeburg. „Wir erheben nicht den Zeigefinger, sondern stellen Fragen nach dem, was Gottes Wille ist“, fügte er hinzu. Dies gelte für das UN-Mandat in Libyen ebenso wie für den Atomausstieg.

„Wir haben Worte für die Dinge, die den Menschen die Sprache verschlagen“, sagte der nordelbische Bischof Gerhard Ulrich zum Abschluss einer Klausurtagung. Dazu gehöre die entsprechende Unterstützung und Begleitung für Politiker ebenso wie für die Gesamtgesellschaft und jeden einzelnen Menschen. Im Blick auf das japanische Fukushima sagte Friedrich: „Das sogenannte Restrisiko ist mittlerweile zur Erfahrung geworden.“ Es bleibe nichts anderes als der Ausstieg aus der Atomenergie, alles andere sei „nicht mehr verantwortbar“.

Der lutherische Catholica-Beauftragte, Landesbischof Friedrich Weber, bezeichnete das Verhältnis der lutherischen Kirchen zur römisch-katholischen Kirche als „hochkonstruktiv“. Auch die katholische Bischofskonferenz habe die Ökumene gerade erst „als im Best-Zustand“ bezeichnet. Im Blick auf den 500. Jahrestag der Reformation 2017 sagte der Braunschweiger Bischof: „Es ist unsere Sache, aber wir feiern es nicht alleine“. Es gebe „auf allen Ebenen“ wirksame Gespräche. „Vor allem die Ökumene an der Basis funktioniert“, fügte er hinzu.

Die Klausurtagung hatte das Thema: „Die christliche Lehre von der Versöhnung in Theorie und Praxis der Gegenwart - Herausforderungen, Probleme, Perspektiven.“ Die lutherische Bischofskonferenz hat 14 Mitglieder und tritt zweimal im Jahr zusammen.

## Einigkeit trotz Streitgesprächs

**Vertreter von Kirchen, Muslimenverbänden und Politik zählen den Islam zu Deutschland  
Von Dirk Johnen und Achim Schmid (epd)**

Tutzing (epd). Man war sich einig: Der Islam ist Teil Deutschlands. Einzig der frühere Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin störte die wohlgesitteten Debatten auf der Frühjahrstagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing. Sein Streitgespräch mit dem Publizisten Johano Strasser löste so heftige Reaktionen aus, dass sogar SPD-Politiker Hans Eichel, der seine letzte Tagung als Leiter des Politischen Clubs moderierte, eingreifen musste, um die Wogen zu glätten.

Sarrazin verteidigte seine umstrittenen Thesen über die historisch nicht begründete Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland und betonte, die Bundesrepublik brauche qualifizierte Einwanderer. Unter den zugewanderten Muslimen bestehe aber eine „besondere Neigung“ zur Bildungsferne und zum Ausbau von Parallelgesellschaften. Die Einladung Sarrazins war im Vorfeld der Tagung scharf kritisiert worden.

Strasser warf Sarrazin ein „unerträgliches Menschenbild“ vor. In einem demokratischen Wertesystem dürfe der Mensch nicht nur als wirtschaftlicher Nutzfaktor gesehen werden. Es gehe Sarrazin nicht um Integration, sondern um Selektion.

Ansonsten ging es im idyllischen Schloss am Starnberger See vor allem um Integrationsprobleme und -möglichkeiten. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, plädierte vor den rund 200 Teilnehmern für die Auseinandersetzung mit konkreten Fragen des religiösen Alltags der Muslime wie dem Schächten oder dem in Deutschland geltenden Sargzwang.

Der CDU-Politiker Rupert Polenz forderte die Kirchen auf, den Muslimen mehr beizustehen. Um das „Gift“ aus der aktuellen Debatte zu nehmen, sollten die Kirchen als „Leumund bürgen“, wenn der Islam als politisch gewaltsame Ideologie diffamiert werde.

Der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime, Aiman Mazyek, betonte, dass der Islam durch die vier Millionen Muslime nicht mehr aus Deutschland wegzudenken sei. Die Frage sei eher, ob Deutschland den Muslimen eine Chance gebe oder „sie direkt auf die Anklagebank schiebe und einen konstruktiven Dialog aus dem Wege gehe“. Eine erfolgreiche Integration sei nicht von Religion oder Nation abhängig. Entscheidend sei, dass jeder, der in Deutschland leben wolle, das Grundgesetz akzeptiert und die Gesetze achtet.

Der SPD-Bezirksbürgermeister des sozialen Brennpunkts Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, schilderte Beispiele aus der Praxis. Nach seiner Erfahrung sei

frühkindliche Bildung die beste Chance für eine gelungene Integration. In bildungsfernen Familien könnten die Eltern die Erziehung allein nicht leisten, weshalb Ganztagschulen und eine Kindergartenpflicht vom ersten Lebensjahr an das Gebot der Stunde seien.

Wie weit der Weg zu einem vorurteilsfreien Miteinander noch ist, zeigte der Religionssoziologe Detlef Pollack. Nach einer repräsentativen Umfrage steht nur ein Drittel der deutschen Bevölkerung Muslimen positiv gegenüber. Die Mehrzahl verbinde mit dem Islam Benachteiligung der Frau, Fanatismus und Gewaltbereitschaft. Lediglich die Hälfte aller Befragten gestehe Muslimen dieselben Rechte zu wie Deutschen, sagte Pollack

Fotos abrufbar unter [www.epd-bild.de](http://www.epd-bild.de) und Tel.: 069/58098-197

## **Bischof Dröge: Papst soll sich zu Reformation bekennen**

Berlin (epd). Der evangelische Berliner Bischof Markus Dröge erhofft sich vom geplanten Deutschlandbesuch von Papst Benedikt XVI. Impulse für die Ökumene. „Ich erwarte jetzt vom Papst, dass er in Deutschland sagt, was die Reformation an Positivem für die Christenheit gebracht hat“, sagte Dröge der in Berlin erscheinenden „Tageszeitung“ (Samstagsausgabe). Er bewerte die geplante Papst-Reise als „historisch wichtigen Besuch“.

Allerdings leide der Dialog zwischen evangelischen und katholischen Christen unter Aussagen, die der heutige Papst vor seiner Weihe gemacht habe. Als Kardinal Ratzinger habe Benedikt seine Meinung, dass nur die römisch-katholische Kirche im eigentlichen Sinne Kirche sei, sehr deutlich gemacht. „Das können wir theologisch nicht akzeptieren“, betonte Dröge.

Benedikt wird vom 22. bis 25. September Deutschland zum ersten Mal offiziell besuchen. Geplant sind ein Treffen mit Bundespräsident Christian Wulff, eine Rede im Deutschen Bundestag und mehrere Gottesdienste in verschiedenen Städten.

## **Theologe Heckel: Kindergottesdienste auch mit wenigen Teilnehmern**

Heidenheim/Stuttgart (epd). Kindergottesdienste sollen nach Aussagen des Stuttgarter Theologen Ulrich Heckel nicht zu Nischenangeboten verkommen. Zwar werde die Kinderkirchenarbeit aufgrund des demografischen Wandels erschwert, räumte der Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche in Württemberg am Samstag auf der Frühjahrssynode der Landeskirche in Heidenheim ein. Doch müsse es Kindern weiterhin möglich sein, regelmäßig an einem für sie gestalteten Gottes-

## Kirchen

dienst teilzunehmen. Denn die Angebote für Kinder seien eine tragende Säule der Gottesdienstarbeit.

## **Neuer hannoverscher Landesbischof Meister in Berlin verabschiedet**

Berlin/Hannover (epd). Der neue hannoversche evangelische Landesbischof Ralf Meister (49) ist am Samstag mit einem festlichen Gottesdienst in der Berliner Gedächtniskirche als Generalsuperintendent in der Bundeshauptstadt verabschiedet worden. „Sie haben in der Gemeinschaft der Berliner Gemeinden Freude geweckt an neuen Ideen, die Freude daran, nach vorne zu blicken, statt nur die eigenen Probleme zu meditieren“, sagte der Berliner Bischof Markus Dröge. Meister wird am 26. März als Landesbischof in Hannover eingeführt.

Dröge bedauerte den Weggang Meisters, räumte aber auch ein: „Man kann ja schlecht, wie Ralf Meister, für eine Kirche einstehen, die zu neuen Ufern aufbricht, und dann selbst den ernstesten und dringenden Ruf in eine neue Herausforderung nicht annehmen.“ Die Hannoversche Landeskirche ist mit knapp drei Millionen Mitgliedern die größte evangelische Kirche in Deutschland.

Internet: [www.evlka.de](http://www.evlka.de)

## **Theologin: Eltern erwarten zur Taufe Antworten auf Fragen des Lebens**

Schwerte (epd). Bei der Taufe erwarten die Eltern nach Auffassung der evangelischen Theologin Regina Sommer Antworten auf existenzielle Fragen des Lebens. Die Familien wünschten kein „naiv-freundliches Lebensbegrüßungsfest“, erklärte die Marburger Privatdozentin für Praktische Theologie auf einem Taufkongress der Evangelischen Kirche von Westfalen am Samstag in Schwerte. Die Taufe sei den Eltern vor allem deshalb wichtig, weil in ihr die im Alltag erlebte Spannung von Leben und Tod, Schuld und Vergebung thematisiert werde, sagte Sommer bei der Vorstellung von ihren Befragungsergebnissen unter Eltern von getauften Kindern.

Um für zentrale kirchliche Anliegen wie die Taufe zu werben, müssten die verschiedenen Konfessionen stärker zusammenarbeiten, erklärte der katholische Theologe Michael Kappes vom Bistum Münster. Besonders für den gemeinsamen missionarischen Auftrag gebe es dazu keine Alternativen, sagte Kappes, der auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Nordrhein-Westfalen ist. In den Kirchengemeinden müsse noch deutlicher werden, dass Ökumene auch Entlastung durch Kooperation bedeute.

## Kirchen

Der Leiter des Pädagogischen Institutes der westfälischen Kirche, Hans-Martin Lübking, zog eine positive Zwischenbilanz des „Jahrs der Taufe“, das die Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 2011 feiert. In vielen Gemeinden seien Prozesse in Bewegung gekommen, wie mehr Menschen für Taufen interessiert werden könnten.

Internet: [www.gottesgeschenk.info](http://www.gottesgeschenk.info)

## **Orthodoxer Metropolit Hilarion fordert „strategische Allianz“ mit Rom**

Würzburg (epd). Der „Außenminister“ der russisch-orthodoxen Kirche, Metropolit Hilarion Alfejew, hat eine „strategische Allianz“ seiner Kirche mit der römisch-katholischen Kirche gefordert. Nur die Katholiken und die Orthodoxen verteidigten heute noch traditionelle christliche Werte, sagte er am Samstag in Würzburg beim „4. Internationalen Kongress Treffpunkt Weltkirche“. Beide Kirchen müssten christliche Werte wie Familie und die Unauflöslichkeit der Ehe im Bewusstsein der Menschen festigen.

Hilarion sprach bei einer Podiumsdiskussion mit dem vatikanischen Ökumene-Bbeauftragten Kardinal Kurt Koch auch die Unterschiede zu den Katholiken an, legte den Schwerpunkt aber auf gemeinsame Ziele. „Wir sind zwar nicht eine Kirche, aber wir können gemeinsam Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart finden“, sagte Hilarion. Europa habe „seine religiösen, kulturellen und moralischen Wurzeln eingebüßt“. Die Zukunft des Christentums hänge „von unseren gemeinsamen Anstrengungen ab“, betonte der Metropolit.

Laut Koch ist das Ziel des ökumenischen Dialogs mit den Orthodoxen „die Einheit der sakramentalen Kommuniongemeinschaft“. Der „eine Leib des Herrn“ könne nicht geteilt werden, hierin liege „der tiefste Grund und das schönste Motiv für die ökumenische Arbeit“. Der Kardinal hatte in der vergangenen Woche seinen Antrittsbesuch als Ökumene-Minister des Papstes in Moskau absolviert.

Hilarion sprach bei der Podiumsdiskussion auch die Diskriminierung vieler Christen weltweit an. Die Christen seien heute die „größte religiöse Gemeinschaft, die wegen ihres Glaubens verfolgt wird“. Dies aber längst nicht nur dort, wo Christen in der Minderheit seien: „Es gibt Länder in Westeuropa, die versuchen, Ausdrücke des christlichen Glaubens aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen.“ Hier sei - auch im militärischen Wortsinn der Allianz - eine Verteidigung der christlichen europäischen Kultur gefordert: „Wir kämpfen aber nicht gegen, sondern für etwas.“

Foto abrufbar unter [www.epd-bild.de](http://www.epd-bild.de) und Tel.: 069/58098-197

## Kirchen

## Frauen wollen mehr Mitsprache in katholischer Kirche

Frankfurt a.M. (epd). Frauen fordern mehr Einfluss in der katholischen Kirche. Wenn der von der Deutschen Bischofskonferenz angekündigte Gesprächsprozess Sinn haben soll, müsse ein Ziel sein, „Frauen entsprechend ihrer Zahl und ihrem Auftrag als mündige Christinnen an der Gestaltung kirchlicher Wirklichkeit zu beteiligen“, schreiben Karin Kortmann und Claudia Lücking-Michel, Vizepräsidentinnen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Rundschau“ (Montagsausgabe).

„Wir leben in einer Frauenkirche, aber in einer Frauenkirche, die von Männern geleitet wird“, kritisieren die beiden Vertreterinnen kirchlicher Laien. Es sei nicht neu, dass Männer die Kirche leiten, doch zeige sich heute deutlicher als je zuvor, dass „unten in den Kirchenbänken vor allem Frauen sitzen“.

Aus Sicht von Kortmann und Lücking-Michel fehlen überzeugende theologische Argumente gegen eine „ernsthafte Beteiligung von Frauen an Weiheämtern“. So werde die Diskussion darüber wahlweise per Diktat beendet oder verschleppt.

Für den von der Bischofskonferenz in der vergangenen Woche angekündigten Gesprächsprozess erhoffen sich die beiden ZdK-Vizepräsidentinnen, dass „über alle geredet werden kann und die Ergebnisse - auch und gerade in der Frauenfrage - nicht von vornherein feststehen“. Unter anderem sollte aus Sicht der beiden Autorinnen über Frauen in kirchlichen Leitungsämtern, deren Beteiligung an kirchlichen Entscheidungen sowie den Umgang mit Sexualität gesprochen werden.

## Kardinal Marx: Katastrophe in Japan auch eine Prüfung des Glaubens

Düsseldorf (epd). Die Erdbeben- und Atomkatastrophe in Japan ist nach Ansicht des Münchner Erzbischofs Reinhard Marx auch eine Prüfung des Glaubens für die Menschen. Das gelte für die unmittelbar Betroffenen in Japan, aber auch für Menschen in Deutschland, die die Bilder und Nachrichten in den Medien verfolgen, sagte der Kardinal der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“ (Samstagsausgabe). Helfen könnten das Gebet und die Gewissheit, dass Gott das Leiden nicht egal sei.

„Wir Christen glauben an einen Gott, der sich selbst in das Leid dieser Welt hineinbegeben hat“, erläuterte Marx. „Er ist am Kreuz für uns alle gestorben.“ Keine andere Religion bringe Leiden, Schmerz und Angst des Menschen „so nahe in die Wirklichkeit Gottes hinein wie der christliche Glaube“. Für ihn selbst sei „der Blick auf den Gekreuzigten die einzige Hoffnung, damit Leid und Tod nicht das letzte Wort behalten“.

## Kirchen

Auch wenn die eigenen Wünsche nicht erfüllt würden, könne jeder Betende erleben, dass Gebete auch erhört würden, sagte der katholische Theologe. „Auch die Klage und der Schrei der Ohnmacht gehörten ins Gebet und könnten „von Gott her Kräfte in uns mobilisieren gegen die Hoffnungslosigkeit“.

## ProChrist-Redner Ulrich Parzany wird 70

Kassel (epd). Ulrich Parzany, langjähriger Generalsekretär des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM) sowie Hauptredner der Evangelisationsveranstaltung „ProChrist“, wird am Donnerstag (24. März) 70 Jahre alt. Der gebürtige Essener, der für sein Engagement für Jugendliche, Mission und Seelsorge 1998 das Bundesverdienstkreuz erhielt, gehört zum konservativen protestantischen Lager, genießt aber auch darüberhinaus hohe Anerkennung. Während er seine hauptamtliche Tätigkeit beim CVJM, den er 21 Jahre leitete, bereits 2005 beendete, ist er für ProChrist weiter aktiv und als Hauptredner für 2013 eingeplant.

Parzany kam durch die Arbeit des christlichen Jugendzentrums Weigle-Haus in Essen zum Glauben und studierte von 1960 bis 1964 Theologie in Wuppertal, Göttingen, Tübingen und Bonn. Nach seinem Vikariat in Ost-Jerusalem und in Jordanien übernahm er von 1967 bis 1984 die Leitung des Weigle-Hauses. In diese Zeit fällt auch die Entstehung des unregelmäßig stattfindenden Jugendfestivals „Christival“, an dem Parzany maßgeblich beteiligt war. Für ProChrist ist er seit 1995 als dessen Leiter und Redner aktiv.

Parzany, der lange auch Mitglied im Hauptvorstand der Evangelischen Allianz war, ist von der ansprechenden Wirkung biblischer Geschichten überzeugt. „Die Bibel ist ein Buch, das mit der Realität dieser Welt kompatibel ist“, hebt er die aktuelle Bedeutung biblischer Geschichten hervor. Die in zahlreiche europäische Länder per Satellit übertragenen ProChrist-Veranstaltungen versteht er aber nicht als klassischen „Bekehrungsfeldzug“ nach US-Vorbild. Vielmehr will er damit nach eigenen Angaben Menschen ansprechen, die in der Kirche eher am Rande stehen.

Foto abrufbar unter [www.epd-bild.de](http://www.epd-bild.de) und Tel.: 069/58098-197

## UN-Jahr der Wälder eröffnet

**Wulff: Wald ist überlebenswichtig**

Berlin (epd). Mit einem Appell für den Schutz der deutschen Waldflächen ist am Montag in Berlin das von den Vereinten Nationen ausgerufene „Internationale Jahr der Wälder“ eröffnet worden. Den Wald zu schützen, sei kein „romantischer Luxus, sondern überlebenswichtig für die Menschheit“, erklärte Bundespräsident Christian Wulff zur Eröffnung in Berlin. Wulff, der in Deutschland die Schirmherrschaft über

Kirchen

Gesellschaft



## Gesellschaft

das Themenjahr übernommen hat, betonte aber auch, dass der Wald einen bedeutenden wirtschaftlichen und ökologischen Faktor besitze.

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) erklärte, es sei notwendig, eine Balance zwischen den Ansprüchen zu bewahren. „Der Schutz und die Nutzung des Waldes müssen miteinander in Einklang stehen.“ Der Deutsche Bauernverband forderte indes ein „stärkeres Bekenntnis“ für die nachhaltige Waldnutzung durch Forst- und Landwirte.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) verlangte demgegenüber konkrete Maßnahmen zum Schutz der Wälder. Dazu zähle unter anderem ein Importverbot für illegal geschlagenes Holz in die Europäische Union, erklärte BUND-Vorsitzender Hubert Weiger in Berlin. Weltweit müsse sich Deutschland für einen Stopp der Entwaldung einsetzen, forderte Weiger. Auch der deutsche Verbraucher sei gefragt, der derzeit im Durchschnitt mit 250 Kilogramm pro Jahr „zu viel Papier“ verbrauche.

Im UN-Kampagnenjahr 2011, das weltweit auf die Bedeutung des Waldes hinweisen möchte, sind den Angaben zufolge allein in Deutschland 5.000 Veranstaltungen mit mehr als 650 Akteuren geplant. Deutschland habe als „Waldmeister“ eine Vorreiterrolle im Umgang mit Forstflächen, betonte Bundespräsident Wulff.

Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums vergrößerte sich hierzulande die Waldfläche innerhalb der vergangenen 50 Jahre um eine Million auf 11,2 Millionen Hektar. Das sind etwa 30 Prozent der Bodenfläche Deutschlands. Weltweit würden indes jährlich rund 13 Millionen Hektar zerstört.

Die walddreichsten Flächenländer in Deutschland sind mit 42 und 40 Prozent Rheinland-Pfalz und Hessen. Den niedrigsten Waldanteil hat Schleswig-Holstein mit etwa zehn Prozent.

Zur Eröffnung des „Internationalen Jahres der Wälder“ sollte am Montagabend das Brandenburger Tor in Berlin festlich beleuchtet werden. Der Waldanteil in der Bundeshauptstadt liegt nach Angaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bei 20 Prozent.

## Zehntausende Atomkraftgegner gehen auf die Straße

**Kirchen fordern Ausstieg aus Kernkraft**

Hannover/Frankfurt a.M. (epd). Zehntausende Atomkraftgegner haben am Wochenende die Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland gefordert und der Opfer der Katastrophen in Japan gedacht. Allein in Hannover gingen laut Polizeiangaben am Samstag rund 10.000 Menschen auf die Straße. Es sei Zeit für ein Nein ohne jedes Ja, sagte der evangelische Stadtsuperintendent, Hans-Martin



Heinemann, auf der Kundgebung. „Diese Technologie ist nicht faszinierend und ein Ausweis der Grandiosität menschlicher Wissenschaft, sondern eine hochgefährliche Gratwanderung.“

In zahlreichen weiteren Städten demonstrierten die Gegner der Atomkraft. In Hamburg folgten über 1.200 Menschen dem Aufruf von Gewerkschaften und Kirchen. Die Demonstranten protestierten vor der Geschäftsstelle des Stromkonzerns Vattenfall, der die AKW Krümmel und Brunsbüttel betreibt. In Köln kamen nach Veranstalterangaben bis zu 2.000 Aktivisten zusammen, in Göttingen waren es rund 1.000. Am Sonntag versammelten sich Atomgegner vor dem baden-württembergischen Atomkraftwerk Neckar-Westheim.

Im Wendland rund um Gorleben werden unterdessen Mahnwachen für die Betroffenen der Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima vorbereitet. Auch in Hannover, seit 1983 Partnerstadt von Hiroshima, gedachten die Teilnehmer der Opfer des Erdbebens und Tsunamis und der Nuklearkatastrophe in Japan mit einer Schweigeminute. In zahlreichen Kirchen wurden Gedenkandachten und Gebete für die Menschen in dem asiatischen Land gehalten.

Im evangelischen Kirchenkreis Rotenburg bei Bremen sollen ab diesem Montag bis zum 26. April immer abends um 18 Uhr Glocken zum Gebet für die Katastrophopfer in Japan und zur Abkehr von der Atomkraft rufen. Der 26. April ist der Jahrestag der Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl vor 25 Jahren.

Für Montag haben Aktivisten in mehr als 670 Städten und Orten Mahnwachen und Demonstrationen angemeldet. Am kommenden Wochenende sollen in Berlin, Hamburg, Köln und München Großdemonstrationen stattfinden.

Die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, forderte die Bundesregierung auf, ihre Kehrtwende in der Atompolitik zu erklären, um wieder glaubwürdig zu sein. „Die Regierung müsste sagen: Wir sind schockiert, wir haben das falsch eingeschätzt! Mir würde das helfen, die politische Wende zu verstehen“, sagte Käßmann dem Berliner „Tagesspiegel“ am Sonntag.

Auch die deutschen Lutheraner haben angesichts der Nuklearkatastrophe in Japan den Ausstieg aus der Atomtechnik gefordert. „Atommeiler bersten, Kettenreaktionen sind nicht beherrschbar. Was wir verharmlosend 'Restrisiko' zu nennen pflegten, ist Realität geworden“, sagte der Schleswiger Bischof Gerhard Ulrich in seiner Predigt im schleswig-holsteinischen Ratzeburg am Sonntag. Dies wecke Ängste, die zu der Forderung nach Umkehr und Ausstieg führten, sagte Ulrich, der auch Stellvertreter des Leitenden Bischofs der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) ist.

## Gesellschaft

Die Landessynode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland rief die politisch Verantwortlichen auf, den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie zu forcieren, wie es in einem am Samstag verabschiedeten Beschluss des Kirchenparlaments hieß. Zudem müsse die Förderung erneuerbarer Energien verstärkt werden.

## **Künftiger Bischof Meister hält Kernkraft-Risiken für unkalkulierbar**

Osnabrück (epd). Der künftige hannoversche Landesbischof Ralf Meister sieht es als Aufgabe der Kirche an, immer wieder auf die Gefahren der Atomkraft hinzuweisen. „Seitdem wir Kernkraftwerke bauen, ist ein nicht kalkulierbares Risiko geblieben, das zur Vernichtung von Menschenleben und Lebensräumen führen kann“, sagte Meister der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Montagsausgabe).

Der 49-jährige Theologe, bislang Generalsuperintendent in Berlin, wird am Samstag als Bischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers eingeführt. Er folgt der vor mehr als einem Jahr zurückgetretenen Margot Käßmann.

In der Popularität seiner Amtsvorgängerin sieht Meister nach eigenen Worten kein Problem für seinen Start in das neue Amt an der Spitze der größten deutschen Landeskirche. „Das Amt des Landesbischofs wird jetzt mit mir neu besetzt, und der Raum, in dem ich agieren kann, ist sehr groß“, sagte Meister, der bundesweit als Sprecher des „Wortes zum Sonntag“ in der ARD bekannt wurde.

## **NRW-Integrationsminister: Mehr Religionsfreiheit für Christen in der Türkei**

**Berliner Bischof kritisiert Verfolgung weltweit**

Düsseldorf (epd). Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) hat eine Verbesserung der Lage für die Christen in der Türkei gefordert. „Was die Religionsfreiheit angeht, ist die Türkei noch nicht EU-tauglich“, sagte Schneider in einem epd-Gespräch in Düsseldorf. Es gebe zwar offiziell Religionsfreiheit, es fehle jedoch der organisatorische Rahmen für die individuelle Religionsausübung.

Derweil prangerte der Berliner evangelische Bischof Markus Dröge die Verfolgung und Diskriminierung von Christen weltweit an. Diese sei in vielen Ländern eines „der zentralen Menschenrechtsprobleme unserer Zeit“, sagte er am Samstagabend in einem Gottesdienst in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche.

Mehr als 80 Prozent aller religiös verfolgten Menschen weltweit seien Schätzungen zufolge Christen, betonte Dröge. Die Religionsfreiheit in über 60 Ländern der Erde

sei stark bis sehr stark eingeschränkt. „Uns wird immer deutlicher, dass wir nicht länger darüber hinwegsehen können, wie die Religionsfreiheit in anderen Ländern missachtet wird“, sagte der Theologe.

Integrationsminister Schneider erläuterte, in der Türkei dürfe zwar eine Kirche eine vorhandene Glocke läuten. Die Anschaffung einer Glocke sei aber entweder gar nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich. Eine EU-Mitgliedschaft des Landes sei zwar grundsätzlich wünschenswert, doch der politische Prozess auf dem Weg dahin sei noch lange nicht abgeschlossen.

So sei unabdingbar, dass Anhänger anderer Religionen ihren Glauben auch leben könnten. „Das ist mir auch deshalb so wichtig, weil ich als Integrationsminister vehement für Religionsfreiheit in Deutschland eintrete“, sagte der SPD-Politiker. In der Bundesrepublik lebten mehr als vier Millionen Menschen, die sich zum Islam zugehörig fühlten. „Deshalb ist das ein Teil deutscher Realität.“

## **Katholiken, Juden und Muslime besiegeln multireligiöse Schule**

Osnabrück (epd). Vertreter von Katholiken, Juden und Muslimen haben in Osnabrück eine nach eigenen Angaben bundesweit einmalige Kooperation für eine multireligiöse Grundschule vereinbart. Die Schulstiftung des katholischen Bistums will die Johannisschule, die bislang eine katholische Bekenntnisschule in städtischer Trägerschaft ist, in eine katholischen Privatschule für Christen, Juden und Muslime umwandeln. Der Stadtrat hat den Plänen des Bistums bereits zugestimmt. Jetzt müsse das Projekt noch von der Landesschulbehörde genehmigt werden, sagte ein Bistums-Sprecher am Freitag.

Das Projekt soll im Sommer 2012 starten. Vertragspartner sind neben dem Bistum die Jüdische Gemeinde Osnabrück, der Landesverband der Muslime (Schura) und die Türkisch Islamische Gemeinde Osnabrück. Die evangelische Kirche hatte die angebotene Unterzeichnung des Vertrages abgelehnt. Wichtige Aspekte darin entsprächen nicht einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, sagte Superintendent Friedemann Pannen.

Die Kooperationspartner wollen laut Vertrag die Schule gemeinsam zu einer Lern- und Lebensgemeinschaft von jüdischen, christlichen und islamischen Kindern, Eltern und Lehrkräften entwickeln. Die Schule werde die religiösen Überzeugungen, Lebensweisen und Riten der drei beteiligten Religionen vielfältig zum Thema machen, heißt es.

## Neuer Ost-Beauftragter der Bundesregierung lobt „enorme Solidarität“

Potsdam (epd). Der neue Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Christoph Bergner (CDU), hat die Entwicklung der neuen Bundesländer seit 1990 gewürdigt. Die „enorme nationale Solidarität“, die das „wohl größte staatliche Aufbauprogramm der Weltwirtschaftsgeschichte“ möglich gemacht habe, habe seine Erwartungen „eher übertroffen“, sagte Bergner der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ (Montagsausgabe).

Als Themen, die auch in Zukunft für Ostdeutschland besonders wichtig seien, bezeichnete der frühere Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt unter anderem eine angemessene EU-Förderung, die Altschuldenregelung beim Stadtumbau Ost und die Ost-West-Angleichung des Rentensystems. Ziel müsse eine Lösung der Rentenfrage sein, bei der es am Ende „möglichst keine Verlierer, aber dann natürlich auch nur wenige Gewinner“ geben werde.

Bergner war den Medien in Deutschland mangelnde Sachlichkeit vor. Ihre Vielfalt schütze besonders bei brisanten und kontroversen Themen nicht vor „einseitiger Emotionalisierung“, sagte er. Sachliche Information werde in diesen Fällen vielmehr in den Hintergrund gerückt. Sein Eindruck aus DDR-Zeiten, als West-Zeitungen und -Zeitschriften „mit gläubiger Hingabe von vorn bis hinten durchgelesen“ worden seien und als „Beleg freiheitlichen Denkens und aufklärender Wahrheiten“ gegolten hätten, sei enttäuscht worden, sagte Bergner.

Der neue Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hatte Bergner Anfang März erneut zum Parlamentarischen Staatssekretär ernannt und ihm zugleich die Aufgaben des Beauftragten für die neuen Bundesländer übertragen. Bislang war dafür der bisherige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zuständig, der als Nachfolger von Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) in das Amt des Verteidigungsministers wechselte.

## Amnesty zeichnet mexikanischen Anwalt mit Menschenrechtspreis aus

Berlin (epd). Der mexikanische Menschenrechtsanwalt Abel Barrera Hernández erhält den diesjährigen Menschenrechtspreis von Amnesty International in Deutschland. Barrera setze sich zusammen mit den Mitarbeitern des von ihm gegründeten Menschenrechtszentrums „Tlachinollan“ für die Rechte der Urvölker im südlichen Bundesstaat Guerrero ein, teilte die Organisation am Samstag in Berlin mit. Das Engagement sei mit hohem persönlichen Risiko verbunden. Die mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung wird zum 50. Jubiläum der Gründung von Amnesty am 27. Mai in Berlin überreicht.

„Tlachinollan“ klärt Übergriffe des Militärs auf. Mehrere Fälle von Vergewaltigung und Misshandlung durch Soldaten seien durch die Anwälte des Zentrums bereits bis vor den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht worden, teilte Amnesty mit. Die Arbeit, die „Tlachinollan“ seit 1994 vollbringe, wirke über Guerrero hinaus und trage zur Stärkung der Menschenrechte in ganz Mexiko bei, begründete Amnesty International den Preis für Barrera und „Tlachinollan“.

## Die Wegweiserin

**Brigitte Rubbel ist die erste Platzmeisterin im deutschen Bundestag**

**Von Juliane Ziegler (epd)**

Berlin (epd). Bei seinem Deutschlandbesuch lächelte George W. Bush sie an und fragte: „Wie geht's?“. Zwei Jahre später zeigte sie dem Dalai Lama den Weg durch das Reichstagsgebäude. Und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat ihr schon persönlich frohe Osterfeiertage gewünscht. An diese Situationen erinnert sich Brigitte Rubbel gut. Die 50-Jährige ist Platzmeisterin im Deutschen Bundestag und damit Chefin der 54 Saaldiener im Parlament.

„Das Glas Wasser für den Abgeordneten am Rednerpult, das bringe ich jetzt nicht mehr hin“, sagt die Frau mit den kinnlangen blonden Haaren. Die Wiesbadenerin ist die erste Frau an der Spitze des Plenar- und Ausschussassistentendienstes - so die offizielle Bezeichnung des Saaldienstes. Lange hat sie darauf hin gearbeitet, jetzt hat sie ihr berufliches Ziel erreicht.

35 Frauen und 19 Männer sind Rubbel unterstellt. Früher war das Verhältnis anders, viele Jahren haben Männer den Plenar- und Ausschussassistentendienst dominiert. Erst unter Rita Süßmuth, die 1988 Bundestagspräsidentin wurde, änderte sich das. Als Erkennungszeichen soll die neue Platzmeisterin bald eine weiße Weste bekommen - die Saaldiener tragen eine graue Weste unter ihrem Frack.

Die Saaldiener sind dafür verantwortlich, dass die Sitzungen unter der Kuppel des Reichstagsgebäudes reibungslos ablaufen. An den Meldetischen vor dem Plenarsaal sind sie die Verbindung zwischen den Abgeordneten und deren Büros, sie überbringen Faxe oder Nachrichten. In Sitzungswochen versorgen sie die Abgeordneten mit Papier, testen die Kugelschreiber oder spitzen Bleistifte.

Bei kleinen Pannen helfen die Saaldiener den Abgeordneten mit Nähzeug oder einer Ersatz-Strumpfhose aus. „Oder wenn es nur der Stuhl ist, der zurechtgerückt wird, es gibt soviel, was wir machen. Die kleinen Hilfestellungen sind es, die Gesten am Rande“, sagt Rubbel.

Damit alles reibungslos verläuft, erstellt Rubbel die Dienstpläne, steht mit den anderen Referaten in Kontakt und mit Bekleidungs- oder Reinigungsfirmen. Rubbel

selbst trägt ein dunkelblaues Frack-Kostüm, dessen Rock ihr bis zum Knie reicht. Ihr Namensschild mit dem Bundesadler glänzt.

Sie und die Saaldiener wollen alle Abgeordneten mit ihrem Namen ansprechen können. Um sich die Namen einzuprägen, nutzen die Saaldiener ein Lernspiel, mit dem man die Parlamentarier nach Fraktionen, Geschlecht oder Alter sortieren kann. „Eine Art modernes Memory für den Computer“, erklärt Rubbel.

Ein größere Bewährungsprobe hatten Rubbel und ihr Dienst zu bestehen, als im vergangenen Sommer Bundespräsident Horst Köhler überraschend zurücktrat. Da blieben den Saaldienern nur 30 Tage Zeit, um die Wahl des neuen Staatsoberhauptes vorzubereiten. Normalerweise beginnen sie ein Jahr vorher mit der Organisation. Für die Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt, müssen doppelt so viele Stühle im Plenarsaal untergebracht werden wie für den Bundestag. Am Wahltag selbst waren manche der Saaldiener 14 Stunden im Einsatz, schließlich konnte sich Christian Wulff erst im dritten Wahlgang durchsetzen.

„Aber es lief alles wie am Schnürchen, das war toll“, schwärmt Rubbel. „Nie hätte ich gedacht, dass ich der Politik einmal so nah sein werde“, sagt die Platzmeisterin. Bevor sie vor zwölf Jahren im Bundestag zu arbeiten begann, war Rubbel nicht so stark an Politik interessiert. „Natürlich habe ich Nachrichten geguckt und Zeitung gelesen. Man wusste: Wer ist Kanzler, wer ist Präsident.“ Durch ihre Arbeit als Saaldienerin hat sie einen neuen Blick auf die Politik: „Ich verfolge jetzt alles auf der Welt ganz anders als vorher von draußen.“

Im September soll Papst Benedikt XIV als erstes katholisches Kirchenoberhaupt im Parlament sprechen. „Selbst wenn ich nach Rom führe, würde ich ihn nur ganz klein oder auf einer Leinwand sehen können“, sagt Rubbel. „Aber hier sehe ich ihn ganz nah!“ Vielleicht wird sie dann dem Papst den Weg weisen - wie vor einigen Jahren dem Dalai Lama.

Foto abrufbar unter [www.epd-bild.de](http://www.epd-bild.de) und Tel.: 069/58098-197

## Ärzte wenden sich gegen wirtschaftlichen Druck in Helios-Kliniken

Berlin (epd). Knapp 700 Ärzte der Helios-Kliniken haben einem Zeitungsbericht zufolge schwere Vorwürfe gegen die Konzernleitung erhoben. Wie die „Berliner Zeitung“ (Montagsausgabe) berichtet, kritisieren die Mediziner in einem offenen Brief, dass in den Krankenhäusern den Bedürfnissen der Patienten immer weniger Rechnung getragen werde. „An die Stelle medizinisch motivierter Entscheidungen tritt zunehmend ein Kampf um die Einhaltung betriebswirtschaftlicher Vorgaben

## Gesellschaft

## Soziales

und Benchmark-Erfüllung“, schreiben die Ärzte an den Vorstandsvorsitzenden der Helios-Kliniken, Francesco de Meo.

Nach Darstellung der Zeitung wurde der Brief innerhalb einer Woche von 688 Helios-Ärzten unterschrieben, die die Entwicklung in der Klinikgruppe für „nicht akzeptabel“ hielten. Das Unternehmen bestätigte auf Nachfrage die Existenz des Schreibens. Die Initiative dazu sei von der Ärztevereinigung Marburger Bund ausgegangen, hieß es aus der Pressestelle.

Helios ist nach Zeitungsangaben mit 63 Krankenhäusern und 28 medizinischen Versorgungszentren in ganz Deutschland einer der größten privaten Krankenhauskonzerne. Jährlich würden mehr als zwei Millionen Patienten versorgt.

Im vergangenen Jahr konnte der Konzern mit Sitz in Berlin nach Zeitungsangaben beim Umsatz um vier Prozent auf 2,5 Milliarden Euro zulegen. Der Gewinn vor Zinsen und Steuern stieg im gleichen Zeitraum um 15 Prozent. Die Zahl der Mitarbeiter sei trotz des Umsatzwachstums und der Übernahme eines weiteren Krankenhauses dagegen nicht gewachsen.

## **Schröder erwartet keine Engpässe beim Bundesfreiwilligendienst**

Berlin (epd). Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) fürchtet keine Engpässe beim Bundesfreiwilligendienst. Derzeit gebe es zwei Bewerber pro Platz, erläuterte die Ministerin in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“. Zudem verlängerten die Hälfte der Zivildienstleistenden ihren Dienst über das vorgesehene Ende hinaus. „Beides zeigt, dass die Bereitschaft unglaublich groß ist.“ Gleichzeitig warnte Schröder davor, den Bundesfreiwilligendienst als Ersatz für den Zivildienst zu sehen. Es sei „eine Illusion zu glauben, dass wir den Zivildienst eins zu eins ersetzen können“.

Das sei auch nicht Aufgabe des Bundesfreiwilligendienstes. „Einige Tätigkeiten werden sicher stärker nachgefragt als andere“, sagte Schröder. „Wenn es für einen Bereich nicht genügend Freiwillige gibt, wird man entweder darauf verzichten oder Geld in die Hand nehmen müssen.“ Über zusätzliche Anreize für den Dienst werde noch verhandelt. Dazu gehörten die Anrechnung der Freiwilligenzeit als Wartesemester für das Studium oder auch die Möglichkeit, in dieser Zeit den Schulabschluss nachzuholen. Der Bundesfreiwilligendienst beginnt am 1. Juli 2011. Mit ihm soll nach Aussetzung der Wehrpflicht der Wegfall des Zivildienstes aufgefangen werden.

Gleichzeitig verteidigte Schröder ihre Extremismusklausel, die von Initiativen gegen Extremismus, die staatliche Fördergelder erhalten wollen, ein schriftliches Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlangt. „Wer unsere



## Soziales

freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Extremisten verteidigen will, der muss selbst auf dem Boden dieser Grundordnung stehen.“ Es sei nicht strafbar, mit einer Organisation zusammenzuarbeiten, die der Verfassungsschutz als extremistisch einstufe. „Die Frage ist aber, ob der Staat das mit Geldern finanzieren muss, die dafür da sind, Extremismus zu bekämpfen.“

Die Klausel wurde von Organisationen, der Oppositionen und Kirchenvertretern scharf kritisiert. Schröder sagte, sie glaube nicht, dass die Klausel jene abschrecke, die sich im Kampf gegen den Extremismus ernsthaft engagieren wollen: „Die, die sich ernsthaft darüber aufregen, sollten sich fragen, ob sie sich damit nicht vielleicht selbst entlarven.“

### **Diakoniechef: Arbeitslose brauchen geförderte Beschäftigung**

Heidenheim/Stuttgart (epd). Der württembergische Diakoniechef Dieter Kaufmann hat den Ausbau öffentlich geförderter Jobs gefordert. Derzeit verlören die bundesweit 500.000 bis 800.000 Langzeitarbeitslosen gesellschaftlich den Anschluss, kritisierte Kaufmann am Samstag vor der in Heidenheim tagenden Frühjahrssynode der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Alle Unternehmen, die Langzeitarbeitslose beschäftigten, sollten dafür Nachteilsausgleiche in Form von Lohnkostenzuschüssen erhalten.

Kaufmann betonte, ein Umbau der Beschäftigungspolitik koste die öffentliche Hand nicht mehr Geld. Die vorhandenen Finanzmittel würden nur anders verteilt. Die Mittel, die für Arbeitslosengeld II und Miete verwendet würden, reichten aus, um den Menschen stattdessen einen Lohn oberhalb der Armutsgrenze zu bezahlen.

### **Rösler will weniger Bürokratie in der Pflege**

Berlin (epd). Mit der Pflegereform in diesem Jahr soll auch unnütze Bürokratie abgebaut werden. Darauf haben sich Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) und Vertreter aller Interessengruppen in der Pflege am Freitag in Berlin verständigt. Man sei sich einig im Ziel, mehr Zeit für die eigentliche Pflege zu gewinnen, sagte Rösler nach dem Treffen. Es war die dritte Zusammenkunft im Rahmen des Pflegedialogs. Einen Gesetzentwurf für die Pflegereform will Rösler Mitte des Jahres vorlegen.

Der Aufwand für Kontrollen, Dokumentation und Anträge sei ein häufig beklagtes Problem, sagte Rösler. Unter dem Verwaltungsaufwand litten nicht nur Pflegekräfte in Heimen und ambulanten Diensten, sondern auch die Angehörigen, die zu Hause pflegen. Der Minister kündigte einen eigenen Beauftragten für die notwendigen gesetzlichen Änderungen an.

## Soziales

Während Angehörige bessere Informationen und schnellere Genehmigungen für Hilfsmittel bräuchten, könnten Heime entlastet werden, wenn die externen Kontrollen durch die Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst besser koordiniert würden, sagte Rösler. Pflegekräften wiederum könne die Arbeit durch mehr EDV-statt Papierdokumentationen erleichtert werden. Das müsse nun zusammengeführt werden.

Der Sozialverband VdK erklärte, pflegende Angehörige wendeten mehr als 35 Millionen Stunden im Jahr auf, allein um ihren gesetzlichen Informationspflichten nachzukommen. Das sind pro Person 32 Stunden im Jahr. Der Aufwand könne um fast ein Viertel verringert werden durch länger gültige Rezepte, verständliche Bescheide und Informationen, sagte die Präsidentin des Verbandes, Ulrike Mascher. Sie forderte Rösler auf, mehr für die Pflegestützpunkte zu tun, die seine Vorgängerin Ulla Schmidt (SPD) eingerichtet hatte. Die Anschubfinanzierung des Bundes für die Stützpunkte, die Angehörigen helfen sollen, sich schnell und umfassend zu informieren läuft in diesem Jahr aus.

Rösler verwies darauf, dass die Länder die Fördergelder nur zögerlich abriefen. Er sei aber bereit, die vorgesehenen Mittel von 60 Millionen Euro ganz auszuzahlen, sagte er und dafür nötigenfalls die Antragsfrist zu verlängern.

Die Pflegekassen schlugen nach dem Treffen vor, die Dokumentationspflichten für Heime und ambulante Dienste dahingehend zu verändern, dass nicht mehr die tägliche Routine, sondern nur Abweichungen von der Regel extra dokumentiert werden. Es komme darauf an, den Aufwand so zu verringern, dass Pflegekräfte und Pflegebedürftige davon profitieren, sagte Gernot Kiefer, Vorstand des Spitzenverbandes der Pflegekassen. Die Dokumentation sei aber ein notwendiger Teil guter Pflege.

### **Jedes Jahr erkranken Tausende in Deutschland an Tuberkulose**

Berlin (epd). Trotz eines seit Jahren rückläufigen Trends erkranken in Deutschland immer noch mehrere Tausend Menschen jährlich an Tuberkulose. Wie das Robert-Koch-Institut am Montag in Berlin mitteilte, wurden 2009 insgesamt 4.444 Fälle gezählt, 68 Fälle weniger als im Jahr zuvor.

Zwar sei der Trend weiter rückläufig, allerdings verringere sich die Zahl der Betroffenen nicht mehr so schnell wie früher. Mehr als ein Drittel (36,1 Prozent) der Lungentuberkulosen gehöre inzwischen zu einer besonders ansteckenden Form, sagte der Präsident des Robert-Koch-Instituts, Reinhard Burger, zum Welt-Tuberkulose-Tag am 24. März.

Für eine bessere Kontrolle der Infektionskrankheit forderte Burger unter anderem eine ständige „Fortbildung der Fachkreise und aktive Information der Bevölkerung“. Die späte, häufig erst Monate nach Beginn der Symptome erfolgende Diagnose und die abnehmende Erfahrung bei der Behandlung der Erkrankung in Deutschland erhöhten das Risiko einer massiven Streuung des Erregers.

Weltweit geht die Weltgesundheitsorganisation (WHO) für 2009 von geschätzten 9,4 Millionen Erkrankungsfällen und 1,7 Millionen Todesfällen aus. 2009 wurden in Europa 329.391 Neuerkrankungen und 46.241 Todesfälle an Tuberkulose registriert. Die WHO macht jedes Jahr am 24. März auf die Gefahren der Krankheit aufmerksam.

## Sanfte Methode gegen Stress

Gießener Forscher untersuchen, wie Meditation das Gehirn verändert

Von Stefanie Walter (epd)

Gießen (epd). Als der Stress im Studium zu groß wurde, gönnte sich Tanja Seidl eine kleine Auszeit: ein Yoga- und Meditations-Wochenende. „Es ging mir so gut danach, ich war so energiegeladener“, erzählt die Psychologiestudentin und Mutter eines Sohnes begeistert. Zur gleichen Zeit entdeckte sie, dass es an ihrer Universität einen ganzen Forschungszweig über Meditation gab. Die Wissenschaftler um den Psychologen Dieter Vaitl erforschen am Gießener „Bender Institute of Neuroimaging“ (BION), wie sich das Gehirn durch Meditation verändert.

Ulrich Ott, Neuropsychologe und Mitarbeiter am BION, ruft am Bildschirm seines Computers ein buntes Bild auf, das die Strukturen des Gehirns zeigt. Die Wissenschaftler arbeiten mit einem modernen Magnetresonanztomografen (MRT) und können inzwischen „das gesamte Gehirn durchscannen“. Bei Versuchsteilnehmern, die Erfahrung mit Meditation hatten, entdeckten die Forscher im vorderen Gehirnbereich Veränderungen – dort, wo es um Gefühle, Ängste oder Stress geht. Sie fanden heraus, dass sich bei Meditierenden auch mehr Verästelungen innerhalb einzelner Hirnregionen bilden.

Meditation liegt im Trend, und seit etwa zehn Jahren gibt es einen Boom an wissenschaftlichen Studien zum Thema. Vor allem das leicht erlernbare Programm „Stressbewältigung durch Achtsamkeit“ werde vielfach in den USA eingesetzt, schreibt Ott in seinem Buch „Meditation für Skeptiker“. Inzwischen zeigten Studien, dass das Programm bei Herzkrankheiten, Bluthochdruck, Schlafstörungen, Schmerz oder Stress hilft.

„Wir sind immer schon beim nächsten Schritt“, beschreibt Ott die Arbeitsweise des Gehirns. Das Planen der Zukunft und das Interpretieren der Vergangenheit seien zwar großartige Leistungen des Gehirns, „aber es ist zum Fluch geworden, wir

## Soziales

können es nicht mehr abschalten“. Meditation bewirke ein Zurückkommen in die Gegenwart.

„In den USA ist man viel weiter, was zum Beispiel Meditation in Schulen angeht“, berichtet der Wissenschaftler. Für ihn bedeutet Aufmerksamkeitskontrolle eine „Basisfähigkeit“, die man heute braucht, um durch den „Informationsdschungel“ der Medien zu kommen. Die Studentin Tanja Seidl baut kleine Meditationen in ihren Alltag ein, etwa bei der Küchenarbeit, und versucht, „bewusst die Gedanken auf eine Sache zu richten“.

Ott, der jahrelang Erfahrungen mit verschiedenen Meditationsmethoden sammelte, geht noch einen Schritt weiter. Für ihn kommen die „Komponenten Liebe, Barmherzigkeit, Mitgefühl“ hinzu, die durch Meditation verstärkt werden können. Es entstehe eine „emotionale Offenheit“, „Vorurteile und Vorbehalte anderen gegenüber sind dann wie weggeblasen“, schreibt Ott in seinem Buch.

Das Angebot auf dem Meditations-Markt ist riesig und längst nicht alles seriös, warnt Ott. Er bedauert, dass fast alle Methoden aus Fernost stammen und die christlichen Kirchen wenig bieten: „Früher waren Klöster Zentren des geistigen und wissenschaftlichen Lebens. Diese Kultur ist untergegangen.“

In der Tat sei auf evangelischer Seite vieles weggebrochen, meint auch der Pfarrer im „Haus der Stille“ der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Johannes Sell. Doch jetzt komme wieder einiges in Bewegung. Viele Kursteilnehmer hätten sich mit Buddhismus beschäftigt und suchten jetzt nach den eigenen, christlichen Traditionen.

Tanja Seidl praktiziert am liebsten eine Verbindung von Meditation und Yoga: „Das ist für mich eine Energiequelle.“ Die 33-Jährige lässt sich gerade zur Yoga-Lehrerin ausbilden. Kommilitonen, mit denen sie sich einmal wöchentlich zum Meditieren traf, fanden andere Wege. Einen zog es zum Buddhismus, einen anderen zur christlichen Kontemplation. Die Gießener Forscher machen weiter: Sie überprüfen in einer neuen Studie, wie Achtsamkeitsübungen, Yoga und autogenes Training bestimmte Hirnregionen verändern.

Buchhinweis: Ulrich Ott, Meditation für Skeptiker - Ein Neurowissenschaftler erklärt den Weg zum Selbst, Verlag O.W. Barth 2010, 206 Seiten, 14,99 Euro.

## **Kirchliches Filmfestival: Preis für Doku über jüdischen Friedhof**

Recklinghausen (epd). Zur Verleihung des Filmpreises beim zweiten kirchlichen Filmfestival in Recklinghausen hat der leitende Theologe der westfälischen Kirche,

## Soziales

## Kultur

Präses Alfred Buß, die Verbindung von Kirche und Kino als „spannend und sehr fruchtbar“ gewürdigt. Filmarbeit, die neben Inhalten auch auf die Machart der Werke eingehe, vermittele Medienkompetenz, sagte Buß am Samstagabend. „Daran liegt uns. Es geht um Dechiffrierkunst.“

Dies sei in Zeiten visueller Botschaften in Werbung, Film und Fernsehen von großer Bedeutung. Der Nachholbedarf sei groß, „nicht zuletzt angesichts der Erfahrungen mit der Verführbarkeit von Massen“. Sowohl in Kirche als auch im Film gehe es um Lebensfragen der Menschen wie Geburt, Tod, Einsamkeit, Versuchung, Scheitern und Erlösung. Insgesamt wurden auf dem ökumenischen Festival, das von Freitag bis Sonntag lief, zehn Filme gezeigt.

Der Dokumentarfilm „Im Himmel, unter der Erde“ von Britta Wauer wurde als bester Film des Festivals ausgezeichnet, das von Freitag bis Sonntag lief. Wauer stellt darin den jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee in den Mittelpunkt. 1880 angelegt, mit heute ungefähr 115.000 Grabstellen inmitten eines Wohngebiets gelegen, ziehe der Friedhof jüdische Besucher und Berliner an und sei ein lebendiger Ort, der zugleich von deutscher Geschichte erzähle, hieß es. Die Dokumentation wurde auch auf der Berlinale mit dem Publikumspreis als bester Dokumentarfilm geehrt.

Internet: [www.kirchliches-filmfestival.de](http://www.kirchliches-filmfestival.de)

## Leipziger Buchmesse endet mit neuem Besucherrekord

Leipzig (epd). Die diesjährige Leipziger Buchmesse ist am Sonntag mit einem neuen Besucherrekord zu Ende gegangen. Rund 163.000 Gäste und damit etwa 6.000 mehr als im Vorjahr kamen in den vergangenen vier Tagen zu den Ständen und Veranstaltungen auf dem Messegelände, wie Messe-Geschäftsführer Martin Buhl-Wagner mitteilte. „Besonders erfreulich ist dabei, dass die bundesweite Ausstrahlung kontinuierlich zunimmt, wie auch das Interesse aus Österreich und der Schweiz.“

Schwerpunktland der Messe war in diesem Jahr Serbien. 30 neue serbische Titel wurden zur Buchmesse ins Deutsche übersetzt und in Leipzig dem westeuropäischen Publikum vorgestellt. Insgesamt präsentierten 2.150 Aussteller aus 36 Ländern Neuerscheinungen auf rund 67.000 Quadratmetern. Damit erhöhte sich die Anzahl der Aussteller im Vergleich zum Vorjahr leicht.

Parallel zur Messe gaben im Rahmen des Lesefestivals „Leipzig liest“ rund 1.500 Autoren Kostproben ihrer Werke. Die Lesungen fanden an ungewöhnlichen Orten wie der Leipziger Baumwollspinnerei, dem Landgericht, einem Fitnessstudio, einem Friedhof, Friseursalons oder dem Zoo statt.

Große Aufmerksamkeit erhielt der diesjährige Buchmesse-Preisträger Clemens Setz aus dem österreichischen Graz. Der 28-Jährige wurde am Donnerstag auf der Messe für seinen skurrilen Erzählband „Die Liebe zur Zeit des Mahlstädter Kindes“ in der Kategorie Belletristik ausgezeichnet. Der Preis, der mit insgesamt 45.000 Euro dotiert ist, gehört zu den wichtigsten Literaturauszeichnungen Deutschlands.

Den „Leipziger Buchpreises zur Europäischen Verständigung“ erhielt Martin Polack. Der Österreicher beschäftigt sich in seinem jüngstem Werk „Kaiser von Amerika“ mit der Auswanderung von Polen und Ukrainern in die USA.

## **Weimarer Liszt-Haus wird wiedereröffnet**

Weimar (epd). Das zeitweilige Weimarer Wohnhaus des Klaviervirtuosen und Komponisten Franz Liszt (1811-1886) präsentiert sich in neuem Glanz. Nach Abschluss der Außensanierung und einer Renovierung der Innenräume nach Befunden aus dem 19. Jahrhundert wird das Museum am Montag feierlich wiedereröffnet, sagte ein Sprecher der Klassik-Stiftung am Sonntag dem epd in Weimar. Zeugnisse dieser Zeit sind die einstigen Wohnräume des Musikers und Komponisten im Obergeschoss, wo noch sein Konzertflügel zu sehen ist. Im Erdgeschoss befindet sich eine Dauerausstellung zu Leben und Werk Liszts, das um ein Hörkabinett ergänzt wurde, in den täglich Klavier- und Orgelwerke des Musikers zu hören sind.

Das klassizistische Gebäude wurde 1798/99 als Hofgärtnerei errichtet. Ab 1854 hatten dort Künstler wie der Weimarer Hofmaler Friedrich Preller ihr Atelier. Der aus Ungarn stammende Franz Liszt, der von 1848 bis 1861 Kapellmeister in Weimar war, nutzte das Haus nach seiner Rückkehr aus Rom 1869 alljährlich für Sommeraufenthalte in der Thüringer Residenz. Dort unterrichtete er - bis zu seinem Tod 1886 in Bayreuth - regelmäßig Schülerinnen und Schüler aus aller Welt. Sonntags veranstaltete er regelmäßig musikalische Matineen.

Internet: [www.klassik-stiftung.de](http://www.klassik-stiftung.de)

## **Preisträger des Magdeburger Telemann-Wettbewerbs ausgezeichnet**

Magdeburg (epd). Mit einem Konzert der Preisträger ist am Sonntag in Magdeburg der sechste Internationale Telemann-Wettbewerb zu Ende gegangen. Im Rahmen der Aufführung wurde der mit 7.500 Euro dotierte erste Preis an den 30-jährigen Barockviolinisten Dmitry Sinkovsky aus Russland überreicht. Der mit 5.000 Euro dotierte zweite Preis ging an die 30-jährige Anaïs Chen aus der Schweiz, die ebenfalls Barockvioline spielt. Der 22-jährigen Französin Mathilde Vialle sprach die Jury für ihren Vortrag auf der Viola da gamba den mit 2.500 Euro dotierten

dritten Preis zu. Magdeburg ist die Geburtsstadt von Georg Philipp Telemann (1681-1767).

Der einwöchige Wettbewerb hatte sich in diesem Jahr an junge Musiker mit historischen Streichinstrumenten gerichtet. Um die Preise bewarben sich in mehreren Wertungsvorträgen 35 Teilnehmer aus 17 Ländern. Die Leitung der Jury hatte der dänische Musikwissenschaftler und Cembalisten Jesper Bøje Christensen, Veranstalter war die "Telemann-Gesellschaft mit Sitz in Magdeburg. Seit 1962 finden in Magdeburg Festtage zu Ehren des Komponisten in unregelmäßigen Abständen statt, seit 2001 alle zwei Jahre im Wechsel mit dem Internationalen Telemann-Wettbewerb.

## Evangelischer „WebFish“-Preis für hessische Kirchengemeinde

Hannover (epd). Die Internet-Seite [www.triangelis.de](http://www.triangelis.de) der evangelischen Kirchengemeinde in Eltville-Erbach-Kiedrich ist das beste christliche Internetangebot 2011. Die zur Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gehörende Gemeinde erhält dafür den mit 1.500 Euro dotierten goldenen „Webfish“, teilte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) am Montag in Hannover mit. Mit dem silbernen „Webfish“ (1.000 Euro) wird die Internetseite [www.nordelbien.de](http://www.nordelbien.de) der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche ausgezeichnet. Der „Webfish“ in Bronze (500 Euro) geht an das Diakonieportal [www.evangelische-beratung.info](http://www.evangelische-beratung.info).

Das Konzept, wie die Kirchengemeinde Eltville-Erbach-Kiedrich mit Hilfe des Internetangebots Gemeindeentwicklung betreibe und damit Online-Aktivitäten und Gemeindeleben vernetzt, habe die Jury überzeugt, heißt es zur Begründung. Nordelbiens Internetseite hat die Jury unter anderem mit ihrer Bildsprache beeindruckt. Beim Diakonie-Beratungsportal hebt die Jury die Kombination von Information über Beratungsstellen mit einem Online-System zur vertraulichen Beratung und Seelsorge hervor.

Der EKD-Internet-Award „WebFish“ wird in diesem Jahr zum 15. Mal vergeben. Er wird gemeinsam getragen von der EKD und dem Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP). Die Preisvergabe erfolgt am 2. Juni auf dem Kirchentag in Dresden durch den Jury-Vorsitzenden und badischen Landesbischof Ulrich Fischer. Den „WebFish“-Förderpreis erhält [www.kindergebete.de](http://www.kindergebete.de). Das Angebot enthält Gebete in einprägsamer Reimform und „Klassiker“ wie Martin Luthers Abend- und Morgensegen oder den Psalm 23. Der Förderpreis ist mit 500 Euro dotiert und wird von der Evangelischen Kreditgenossenschaft Kassel gestiftet.

Mehr als 100 christliche Internetangebote von Gemeinden, Werken, privaten Initiativen und Einzelpersonen hatten sich den Angaben zufolge für den diesjährigen

Kultur

Medien



Internetpreis der evangelischen Kirche beworben. 4.300 Internetnutzer beteiligten sich am Online-Voting und ergänzten so die Jury-Entscheidung. Auswahlkriterien sind Gestaltung, Informationsgehalt und technische Realisierung.

Internet: [www.webfish.de](http://www.webfish.de)

## **Käßmann fordert Schulfach Medienpädagogik**

Mainz (epd). Die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, hat die Einführung eines Schulfachs Medienpädagogik gefordert. „Der Medienkonsum von Jugendlichen scheint völlig außer Kontrolle geraten zu sein“, sagte die ehemalige Bischöfin von Hannover am Montag zum Auftakt der Mainzer Tage der Fernsehkritik. Deutsche Jugendliche würden durchschnittlich vor ihrem 14. Geburtstag etwa 18.000 Tote und Sterbende im Fernsehen sehen.

Angesichts dieser Zahlen sei es umso merkwürdiger, dass viele Erwachsene es nicht für zumutbar hielten, Kinder zu einer Beerdigung mitzunehmen, kritisierte Käßmann. Eltern rief sie dazu auf, sich über die Mediennutzung ihrer Kinder Gedanken zu machen. Dies gelte insbesondere für nicht kindgerechte Spätprogramme: „Der Jugendschutz wird ausgehebelt, wenn Eltern sich nicht um das Abschalten kümmern.“

Fernsehen und Internet dürften nicht zum Ersatz für zwischenmenschliche Beziehungen werden, forderte die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende, die derzeit eine Gastprofessur an der Ruhr-Universität Bochum übernommen hat. Der übermäßige Fernseh- und Medienkonsum sei ein Beleg dafür, dass viele Menschen im Land „seelisch entwurzelt“ seien. Zu viele Deutsche verbrächten täglich Stunden vor dem Bildschirm und würden andererseits ihre Nachbarn nicht kennen. Um sich wirklich auszuweinen, brauche ein Mensch eine echte, und keine virtuelle Schulter.

Bei den Mainzer Tagen der Fernsehkritik diskutieren am Montag und Dienstag Fernsehverantwortliche, Journalisten und Wissenschaftler im ZDF-Sendezentrum über die Zukunft ihrer Branche. In diesem Jahr steht die Veranstaltung unter dem Motto „Wissen, was zählt - Wenn Fernsehen und Internet verschmelzen.“

## **Lammert: Rechtsgrundlage für Parlamentsfernsehen schnell klären**

Berlin (epd). Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hofft auf eine schnelle Klärung der Rechtsgrundlage für das Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages. Dafür sei möglicherweise die Frage zu untersuchen, ob das Angebot

## Medien

tatsächlich ein Rundfunk- oder Fernsehprogramm sei, sagte Lammert am Sonntag im Interview der Woche des Deutschlandfunks. Neben der reinen Dokumentation von Bundestagsdebatten oder öffentlichen Ausschusssitzungen gebe es nur ein „minimales journalistisches Programm“, das etwa ein Prozent des gesamten Sendevolumens ausmache. Dazu gehörten beispielsweise Diskussionsrunden mit Abgeordneten zu bestimmten Themen, erläuterte Lammert.

Die Medienaufsicht hatte vergangene Woche die Rechtsgrundlage für das Parlamentsfernsehen angezweifelt. Das Angebot sei in seiner aktuellen, unverschlüsselten Form ein Rundfunkangebot und bedürfe damit einer rundfunkrechtlichen Zulassung. Die erforderliche Zulassung könne jedoch nicht erteilt werden, da der Deutsche Bundestag als Programmanbieter ein Verfassungsorgan sei.

Seit Mitte Januar ist das Parlamentsfernsehen bundesweit über den Astra-Satelliten auf 23,5 Grad Ost sowie im Berliner Kabelnetz unverschlüsselt zu empfangen. Außerdem wird es den Angaben nach inzwischen deutlich stärker redaktionell gestaltet als früher. Dies werfe die Frage auf, ob das Parlamentsfernsehen ein Rundfunkangebot darstellt und somit eine Lizenz braucht.

Lammert erläuterte, die journalistischen Beiträge würden zur Disposition gestellt, sollte dies der Punkt sein, der über eine Sendelizenz entscheide. Die aktuelle Situation sei nur dadurch entstanden, dass durch die Eröffnung von Zugängen auf einem anderen Satelliten, der Zuschauerkreis vergrößert wurde. Doch einerseits habe der Bundestag den Zugang über Satellit nicht herbeigeführt und andererseits bleibe der Zuschauerkreis sehr begrenzt. „Also, wir haben gar nichts aktiv unternommen, sondern wir sind jetzt konfrontiert mit den möglichen Folgen einer technischen Zugangsmöglichkeit, die an anderer Stelle geschaffen worden ist.“

Der Deutsche Bundestag veranstaltet das „Bundestagsfernsehen“ bereits seit 1990. Zunächst war es nur hausintern, später verschlüsselt im digitalen Kabel in Berlin und bundesweit über Satellit ausgestrahlt worden. Das Programm bestand im Wesentlichen aus Live-Übertragungen von Plenar- und Ausschusssitzungen und wurde als Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages eingestuft. Entsprechend erhielt es 1999 eine Erlaubnis von der zuständigen Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) für die Einspeisung in die digitalisierten Kabelanlagen in Berlin, nicht aber eine rundfunkrechtliche Lizenz.

### **Lammert spricht sich für weniger Politiker in Rundfunkräten aus**

Hamburg (epd). Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat sich dafür ausgesprochen, die Präsenz von Politikern in den Entscheidungsgremien von ARD und ZDF zu reduzieren. Er halte die starke Präsenz der Politik in Rundfunkräten für ein Hemmnis, sagte er dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“.

Sie führe bei den Politikern zu einer Zögerlichkeit, ihre Erwartungen an die Sender zu artikulieren. Er selbst würde es daher nicht bedauern, „wenn man sich zu einer Reduzierung dieser Präsenz entschließen könnte“.

Lammert kritisierte zudem die „anschwellende Flut“ von Politik-Talkshows in der ARD scharf. „Sie simulieren nur politische Debatten“, sagte der CDU-Politiker. „In Wahrheit benutzen sie Politik zu Unterhaltungszwecken.“ Inzwischen würden mehr Sendeminuten von Talkshows ausgestrahlt als der Parlamentsberichterstattung im Sonderkanal Phoenix eingeräumt werde.

## **Menschenrechtsgericht: Kruzifixe in italienischer Schule rechtens**

**Kirchen und Unionspolitiker zufrieden mit Urteil**

Straßburg/Frankfurt a. M. (epd). Die Kruzifixe in den Klassenzimmern einer italienischen Schule stellen keine Verletzung der Menschenrechte dar. Das entschied die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg am Freitag. Die Richter revidierten damit ein Urteil, das eine einfache Kammer des Menschenrechtsgerichts Ende 2009 gefällt hatte. Sie hatte einen Verstoß gegen die Religionsfreiheit der Schüler und das Erziehungsrecht der Eltern gesehen.

Der Fall hatte europaweit für Aufsehen gesorgt: Eine Atheistin aus der Stadt Abano Terme hatte keine Kruzifixe in den Klassenzimmern ihrer beiden Söhne dulden wollen. Sie hatte sich erfolglos durch sämtliche italienischen Instanzen geklagt und war anschließend vor das Straßburger Gericht gezogen. Dessen Urteile beziehen sich zwar zunächst auf den Einzelfall - doch alle 47 Länder des Europarats haben sich verpflichtet, sie zu respektieren.

Die italienische Regierung war nach dem ersten Urteil in Berufung gegangen. Die Entscheidung der Großen Kammer, getroffen mit 15 gegen zwei Richterstimmen, ist endgültig. Die großen Kirchen in Deutschland sowie Unionspolitiker begrüßten den Richterspruch. Auch die Regierung in Rom und der Vatikan zeigten sich zufrieden.

Anders als 2009 machte das Menschenrechtsgericht energisch klar, dass die europäischen Staaten selbst über Kruzifixe in Klassenzimmern entscheiden können. „Der Gerichtshof hat ein Zeichen dafür gesetzt, dass er den Beurteilungsspielraum der Staaten in religiösen Fragen respektiert“, sagte der Ratsbevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Prälat Bernhard Fellmeier, in Berlin. „Die Europäische Menschenrechtskonvention wurde diesmal korrekt ausgelegt. Dies verdeutlicht, dass es beim Gerichtshof keine laizistische Grundhaltung gibt.“

Medien

Ausland

## Ausland

Die Große Kammer zeigte sich überzeugt, „dass sich nicht beweisen lässt, ob ein Kruzifix an der Wand eines Klassenzimmers einen Einfluss auf die Schüler hat, auch wenn es in erster Linie als religiöses Symbol zu betrachten ist“. Man könne nicht von einem „staatlichen Indoktrinierungsprozess“ sprechen. Zwei Richter mochten sich der Mehrheitsmeinung allerdings nicht anschließen. Sie beharrten darauf, dass die Neutralitätspflicht des Staates streng auszulegen sei.

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz begrüßte indessen die Entscheidung. Die Große Kammer trage damit dem überwiegenden Willen der italienischen Bevölkerung Rechnung, die das Kruzifix-Verbot von 2009 abgelehnt habe, sagte der Bischofskonferenz-Vorsitzende Robert Zollitsch in Bonn. Damit bewiesen die Richter Sensibilität für die Bedeutung des Kreuzes als religiöses und als kulturelles Symbol.

Der Staatsrechtler Hans Michael Heinig lobte das Kruzifix-Urteil als „kluge Entscheidung“. Das Straßburger Gericht nehme zurecht davon Abstand, einen Kulturkampf in Europa auszurufen, sagte der Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD dem epd. Angesichts zuletzt nicht ganz eindeutiger Urteile aus Straßburg müsse das Urteil mit Erleichterung zur Kenntnis genommen werden.

Auch die italienische Regierung äußerte sich zufrieden mit dem Urteil. „Heute hat das europäische Volksgefühl gesiegt“, sagte Außenminister Franco Frattini. Vatikansprecher Federico Lombardi sagte, das Urteil erkenne auf höchster internationaler Ebene an, „dass Menschenrechte nicht gegen die religiösen Grundlagen der europäischen Kultur in Stellung gebracht werden dürfen.“

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Union, Johannes Singhammer (CSU), erklärte in Berlin, das Gericht habe sein „Fehlurteil“ vom November 2009 korrigiert und klargestellt, „dass die Wurzeln Europas und der Menschenrechte auf der christlich-jüdischen Tradition wachsen.“

### **Kruzifix-Urteile sorgen immer wieder für Aufsehen**

Von Isabel Guzmán (epd)

Frankfurt a.M./Brüssel (epd). Sie können in Klassenräumen hängen, in Gerichten oder in Parlamentsgebäuden: Kruzifixe im öffentlichen Raum sind ein vertrautes Bild. Doch immer wieder kommt es darüber zu Debatten. Wird die Trennung von Staat und Religion verletzt? Oder soll das religiöse Symbol sichtbar sein, weil es grundlegende Werte unserer Gesellschaft widerspiegelt?

1995 sorgte in Deutschland ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts für Aufsehen. Damals ging es um eine Vorschrift des Landes Bayern, laut der in jedem Volksschul-Klassenzimmer ein Kruzifix oder Kreuz hängen musste. Das höchste deutsche Gericht kippte diese Regelung. Es sah den Artikel 4 des Grundgesetzes

verletzt. Darin ist die Religionsfreiheit festgeschrieben, die auch eine negative Religionsfreiheit sein kann.

Der Staat habe eine Pflicht zur religiösen Neutralität, erklärten die Richter. Er könne sich selbst nicht auf eine bestimmte Religion oder Weltanschauung berufen. Bayern änderte daraufhin seine Volksschulordnung leicht. Die Kruzifixe hängen nach wie vor in den Schulen, sie können aber auf nachdrückliche Beschwerden hin abgehängt werden.

Das kommt seitdem ein, zwei Dutzend Mal im Jahr vor, wie bayerische Behörden berichten. Lehrer haben allerdings mit Beschwerden weniger Erfolgsaussichten als Schüler. 2008 lehnte das Verwaltungsgericht Augsburg eine Lehrer-Klage ab: Der Lehrer habe als Beamter eine Tolerierungspflicht und sei in seiner Persönlichkeit weiter gefestigt als Minderjährige.

Von Bundesland zu Bundesland sind die Rechtslage und die Gepflogenheiten in der Praxis unterschiedlich. Eine große Debatte gab es 2010 in Niedersachsen: Sozialministerin Aygül Özkan (CDU), eine Muslimin, hatte sich noch vor ihrem Amtsantritt gegen christliche und andere religiöse Symbole in Schulen ausgesprochen. Nach heftiger Kritik aus ihrer eigenen Partei nahm sie allerdings ihre Aussagen zurück.

Auch über Kreuze in Gerichtssälen wird immer wieder diskutiert. Bereits 1973 hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass niemand hinnehmen muss, dass bei Gerichtsverhandlungen ein Kreuz im Gerichtssaal hängt.

## Das Stichwort: Kreuz und Kruzifix

Frankfurt a.M. (epd). Das Kreuz ist das zentrale Symbol des Christentums. Geistliche tragen es an der Kleidung, Kirchen signalisieren mit einem Kreuz ihre spirituelle Funktion, auf Gräbern steht es für die Hoffnung auf ein ewiges Leben. Kreuze in Häusern oder Gebäuden sollen die Bewohner an den Tod und die Auferstehung Jesu und damit an die Mitte des christlichen Glaubens erinnern. Das Kreuz ist damit zugleich ein Zeichen für den Segen Gottes und die enge Verbindung zwischen Gott und Mensch.

Nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts - wie den zwei Weltkriegen und dem Holocaust - fand der „Tod Gottes“ neue Interpretationen. Das stellvertretende Leiden Jesu sei die Antwort des Christentums auf die Ungerechtigkeit und sinnlose Gewalt in der Geschichte. Das Kreuz symbolisiert dabei die Zuwendung Gottes zu den Ärmsten und Benachteiligten der Welt.

Im Mittelalter diente das Kreuz auch als praktische Lebenshilfe: „Wenn dich Schmerzenstage und Krankheit beschweren, denke daran, wie gering das ist im

Vergleich mit der Dornenkrone und den Nägeln Christi“, predigte etwa Martin Luther. Der Begriff Kruzifix wird im Gegensatz zur einfachen Kreuzesdarstellung meist für die plastische Darstellung des gekreuzigten Jesus Christus verwendet. Kruzifixe sind vor allem in katholisch geprägten Regionen bekannt, hier ist es auch ein fester Bestandteil der Volksfrömmigkeit.

Allerdings hatten es die Christen nach Jesu Tod fast vier Jahrhunderte lang vermieden, ihn auf diese Weise darzustellen. Als zu schrecklich galt in der Antike diese Art der Hinrichtung. Erst nach dem Ende der Christenverfolgung und der Erhebung des Christentums zur Staatsreligion im vierten Jahrhundert erschien das Kreuz auf prächtigen Mosaiken und Sarkophagen. Jesus wurde als König und Weltherrscher dargestellt, das Kreuz war Zeichen für das Heil und die Erlösung der Welt.

## Vatikan besorgt über Abwanderung von Christen aus Nahost

Rom (epd). Der Vatikan hat sich besorgt über die Abwanderung von Christen aus dem Nahen Osten geäußert. Christen sollten in der Region bleiben, um den Frieden zu fördern, mahnte die vatikanische Ostkirchenkongregation, die am Montag zugleich zu Spenden aufrief. Gläubige aus aller Welt sollten die Christen im Nahen Osten vor allem in ihren sozialen Aktivitäten finanziell unterstützen.

Angesichts von Gewalt gegenüber Christen und bewaffneten Konflikten in Nahost warnte die Ostkirchenkongregation vor Resignation. Frieden sei „möglich“ und „dringend erforderlich“, hieß es weiter. „Man darf sich nie mit dem Mangel an Frieden abfinden.“ Christen müssten in der Region, die „pluralistisch, multiethnisch und multireligiös“ sei, zu Frieden und wirtschaftlichem Fortschritt beitragen.

## Westerwelle verteidigt Enthaltung bei Militäreinsatz in Libyen

EKD-Friedensbeauftragter kritisiert Luftangriffe

Brüssel/Frankfurt a.M. (epd). Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) hat die deutsche Enthaltung bei den Militärschlägen gegen Libyen erneut verteidigt. „Wir haben die Risiken abgewogen“, sagte Westerwelle beim EU-Außenministertreffen am Montag in Brüssel. Er verwies darauf, dass auch die Arabische Liga sich mittlerweile sehr skeptisch zu den Luft- und Raketenangriffen äußere.

Westerwelle sprach sich nachdrücklich für weitere Sanktionen gegen das Gaddafi-Regime aus: „Man kann nicht einerseits militärisch gegen ein solches Regime vorgehen, andererseits aber zusehen, dass immer noch frisches Geld in das

## Ausland

## Entwicklung

System Gaddafi fließt.“ Die Bundesregierung trete für Wirtschafts- und Finanzsanktionen einschließlich eines Öl-Embargos ein.

Unterstützung erhielt Westerwelle vom Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahm. Dieser äußerte scharfe Kritik an den Luftangriffen. Er fürchte, dass die Gewalt Muammar al-Gaddafis so nicht zu stoppen ist, sagte Brahm dem Internetportal „evangelisch.de“: „Ich befürchte eher eine Eskalation der Gewalt.“

Die Entscheidung für ein Flugverbot und dessen Durchsetzung hätten in der Vergangenheit oft weitere militärische Aktionen wie eine Intervention mit Bodentruppen nach sich gezogen, sagte der Theologe. Er plädierte für ein konsequentes Embargo gegen das Regime.

## Libysche Flüchtlingswelle erreicht Italien

Rom (epd). Kurz nach dem Beginn des internationalen Militäreinsatzes über Libyen hat eine Flüchtlingswelle aus dem nordafrikanischen Land Italien erreicht. Innerhalb von 24 Stunden erreichten nach Angaben des italienischen Rundfunks vom Montag knapp 1.500 Libyer auf 13 Booten Lampedusa. Damit stieg die Zahl der Flüchtlinge auf der italienischen Ferieninsel vor der tunesischen Küste auf knapp 5.000.

Ein Teil der 5.000 Bewohner von Lampedusa versuchte unterdessen, mit einer Hafensperre das Einlaufen eines Schiffes zu verhindern, das Zelte für weitere Flüchtlinge geladen hatte. Das Auffangzentrum der Insel verfügt über 850 Plätze. Weitere Ankömmlinge will das italienische Innenministerium in einer Zeltstadt unterbringen. Bürgermeister Bernardino De Rubeis forderte, die Flüchtlinge auf das italienische Festland zu bringen.

Mehrere Flüchtlingsboote strandeten in der Nacht auf Montag auf Sizilien. Die knapp 120 Insassen gaben ebenfalls an, dass sie aus Libyen stammten.

Der Vorsitzende der italienischen Regierungspartei Lega Nord, Umberto Bossi, machte unterdessen seine Zustimmung zur italienischen Beteiligung am Militäreinsatz in Libyen davon abhängig, dass zu erwartende Flüchtlingsströme auf Europa verteilt würden. Italien beteiligt sich trotz umfangreicher Wirtschaftsinteressen in Libyen, die durch den Machthaber Muammar al-Gaddafi garantiert wurden, mit Jagdbombern und Tornados an den Luftschlägen.



## **Amnesty International: In Libyen droht humanitäre Katastrophe**

**Rotes Kreuz: Kaum Zugang zu Opfern**

Dortmund (epd). Während der Konflikt in Libyen eskaliert, sehen Hilfsorganisationen die Zivilbevölkerung in großer Gefahr. In Libyen drohe eine humanitäre Katastrophe, sagte die Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, Monika Lücke in Dortmund. „An den Grenzen von Libyen sind 200.000 Flüchtlinge, die dringend Nahrung und Medikamente brauchen.“ Das Rote Kreuz rief die Truppen des Machthabers Muammar al-Gaddafi, die Rebellen und die westlichen Mächte auf, unter allen Umständen das Leben von Zivilisten schonen.

Vor allem die Kämpfe in dicht besiedelten Städten wie Bengasi könnten die Zahl der zivilen Opfer stark erhöhen, sagte die Sprecherin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), Carla Haddad Mardini, dem epd in Genf. „Bei militärischen Angriffen auf Ortschaften kommt es fast zwangsläufig zu Opfern unter der Bevölkerung.“ Das Rote Kreuz und andere Hilfsorganisationen hätten jedoch nach wie vor keinen Zugang zu weiten Teilen des Landes. „Wir können vielen Opfern der Gewalt nicht helfen“, sagte Mardini.

Seit Samstag fliegen westliche Länder Luftangriffe auf Truppen und Stützpunkte Gaddafis. Die UN hatten die Staaten ermächtigt, Luftstreitkräfte gegen das Gaddafi-Regime einzusetzen, um die Bevölkerung vor Angriffen des Diktators zu schützen.

Die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, sprach sich für die vom UN-Sicherheitsrat beschlossene Flugverbotszone in Libyen aus. „Das halte ich eng begrenzt für richtig, weil man das freiheitsliebende Volk vor einem völlig irrsinnig gewordenen Diktator schützen muss“, sagte sie dem Berliner „Tagesspiegel am Sonntag“.

Europa müsse die Freiheitsbewegung in dem nordafrikanischen Land unterstützen. Gerade die Westeuropäer hätten hier eine große Verantwortung, weil sie diese Regime in Nordafrika mit Waffen ausgestattet hätten. „Nun müssen wir auch die Freiheitsbewegung unterstützen“, sagte Käßmann.

## **Präsident Boni in Benin im Amt bestätigt**

Johannesburg (epd). In Benin ist Präsident Yayi Boni nach dem offiziellen Wahlergebnis mit 53 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt worden. Laut Medienberichten bestätigte das Verfassungsgericht des westafrikanischen Landes am Sonntagabend das zuvor verkündete Resultat der Wahlkommission. Die Opposition protestierte jedoch wegen Unregelmäßigkeiten.

Entwicklung

## Entwicklung

Der langjährigen Oppositionspolitiker Adrien Houngbedji, der auf 36 Prozent der Stimmen kam, erklärte sich ebenfalls zum Sieger der Wahl vom 13. März. Andere Oppositionspolitiker fordern eine Wiederholung des Urnengangs. Mehrere hunderttausend Wähler seien nicht registriert worden, erklärten sie. Auch innerhalb der Wahlkommission selbst gibt es Differenzen über das korrekte Wahlergebnis.

Seit der Einführung eines Mehrparteiensystems Anfang der 90er Jahre gilt Benin als eine stabile Demokratie in Westafrika. Amtsinhaber Boni ist seit 2006 im Amt. Wegen Misswirtschaft und Korruption geriet er im In- und Ausland jedoch heftig unter Kritik. Gegen ihn traten 13 Herausforderer an.

Das Agrarland Benin exportiert Baumwolle und Palmöl, hat allerdings mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Privatisierung des Baumwollsektors brachte nicht den erhofften Aufschwung. Eine wichtige Devisenquelle ist auch der internationale Handelshafen von Cotonou. Die Mehrheit der neun Millionen Einwohner Benins lebt in Armut. 2009 wurden vor der Küste Ölvorkommen entdeckt.

### Stichwahl um Präsidentschaft in Haiti weitgehend friedlich

Mexiko-Stadt (epd). Die Stichwahl um die Präsidentschaft in Haiti ist nach Einschätzung der Vereinten Nationen weitgehend friedlich verlaufen. Im Vergleich zur ersten Wahlrunde im November, bei der es zu schweren Ausschreitungen kam, sei die Stichwahl am Sonntag (Ortszeit) relativ problemlos abgelaufen, sagte der Chef der UN-Friedensmission, Edmond Mulet, in der Hauptstadt Port-au-Prince. Auch diesmal kam es jedoch zu Gewalt und Pannen. Die Wahlbeteiligung schätzten die UN als unerwartet hoch ein.

Nachdem mehrere Dutzend Wahllokale wegen fehlenden Materials bis zu drei Stunden zu spät geöffnet hatten, verlängerten die Behörden die Abstimmung um eine Stunde. Laut lokalen Medien starben zwei Menschen bei Auseinandersetzungen von Anhängern der beiden Kandidaten, der Politologin Mirlande Manigat und dem Popsänger Michel Martelly. Ein vorläufiges Ergebnis kündigten die Behörden für den 31. März an, das Endergebnis für den 16. April. Beide Kandidaten äußerten sich zuversichtlich, die Wahl gewonnen zu haben. Den zukünftigen Staatschef erwartet die Aufgabe, den bisher schleppenden Wiederaufbau Haitis nach dem Erdbeben vom Januar 2010 voranzutreiben.

Überschattet wurde die Stichwahl zudem von einem bewaffneten Angriff auf Haitis populären Rapper Wyclef Jean. Laut seinem Manager wurde auf Jean am Vorabend der Wahl geschossen, wobei er leicht verletzt wurde. Haitis Polizei bezweifelte diese Darstellung allerdings. Der weltweit bekannte ehemalige Sänger der Hiphop-Gruppe Fugees unterstützt den Kandidaten Martelly. Jean wollte ursprünglich selbst für die Präsidentschaft kandidieren, wurde aber von der Wahlbehörde nicht zugelassen.

## Entwicklung

Öffentlich nicht in Erscheinung trat der umstrittene frühere Präsident Jean-Bertrand Aristide. Er war zwei Tage vor der Wahl aus seinem Exil in Südafrika nach Haiti zurückgekehrt. Der 2004 gewaltsam gestürzte Präsident verfügt noch über viele Anhänger in den Armenvierteln. Bereits im Januar war der frühere Diktator Jean-Claude Duvalier nach 25 Jahren Exil aus Frankreich zurückgekehrt.

Die laut Wahlbehörde 4,7 Millionen Wahlberechtigten stimmten außer über den Präsidenten auch über die Besetzung von sieben Senatssitzen und 79 Sitzen des Abgeordnetenhauses ab. Auch dabei hatte in der ersten Wahlrunde kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht.

### **Ägyptische Kopten sehen Hoffnungen enttäuscht**

**Bischof mahnt mehr Unterstützung für verfolgte Christen an**

Berlin (epd). Die koptischen Christen sehen ihre Hoffnungen nach dem Sturz des Mubarak-Regimes in Ägypten enttäuscht. Der Bischof der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland, Anba Damian, sagte am Freitag in Berlin, nach der ersten Zuversicht, dass sich durch den Sturz der Regierung die Lage der christlichen Minderheit deutlich verbessern werde, hätten erneute Anschläge auf Klöster der Religionsgemeinschaft ein „neues Gesicht des Militärs“ gezeigt.

Damian forderte westliche Regierungen und Kirchen auf, die Kopten in Ägypten in ihrer Forderung nach einer säkularen Grundordnung in der Verfassung stärker zu unterstützen. „Wir hoffen, dass dadurch auch Kopten künftig als Bürger erster Klasse in ihrem Heimatland leben können“, sagte der Bischof. Im Moment sei noch nicht abzusehen, ob Kopten künftig die gleichen Rechte wie Muslime bekommen und seiner Kirche auch staatliche Zuschüsse gewährt werden.

Nach den Worten Damians ist das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen in Ägypten seit den im Januar begonnenen Protesten von „Liebe und Solidarität“ geprägt. Trotzdem sei zu befürchten, dass islamistische Kräfte in Ägypten zwar nicht sofort, aber auf lange Sicht größeren Einfluss gewinnen könnten.

Bischof Damian hatte zuvor in Detmold erklärt, die Kopten müssten mit den gemäßigten Muslimen „eine Allianz der Vernunft“ bilden. Die hohen Erwartungen der Kopten an die militärische Übergangsregierung seien enttäuscht worden, sagte der Bischof.

Entscheidende Voraussetzung für eine Veränderung ist laut Damian, dass die Religionsfreiheit in der ägyptischen Verfassung verankert wird. Dort sei bislang die Scharia als wichtigste Quelle des Rechts festgeschrieben. Demnach könne ein Muslim einem koptischen Christen etwas antun, ohne dafür juristische Konsequenzen fürchten zu müssen.

Die Kopten hatten in den vergangenen Jahren immer wieder über Diskriminierung in Ägypten geklagt, auch gab es mehrere tödliche Anschläge, zuletzt in der Silvesternacht.

Die koptisch-orthodoxe Kirche existiert seit dem ersten Jahrhundert nach Christus als eigenständige Kirche und ist damit eine der ältesten christlichen Kirchen weltweit. Stammland der Kopten ist Ägypten. In dem arabischen Land sind nach Schätzungen etwa zehn Prozent der rund 80 Millionen Einwohner Kopten.

## Krieg überschattet Charmeoffensive

**Barack Obama wirbt auf seiner ersten Lateinamerikareise für gemeinsame Werte und Geschäfte**

Von Gerhard Dilger (epd)

Porto Alegre (epd). Das Timing für die erste Lateinamerikareise von Barack Obama war denkbar ungünstig: In Brasilia gab der US-Präsident am Samstag den Einsatzbefehl für die Luftangriffe auf Libyen. Seine brasilianische Amtskollegin Dilma Rousseff wollte gerade mit ihrem Gast anstoßen, als die Nachricht vom ersten Angriff in die feierliche Runde platzte.

Tags darauf pries Obama Brasiliens „blühende Demokratie“ als Vorbild für die arabische Welt. Doch aus Angst vor Straßenprotesten fand seine mit Komplimenten gespickte Rede „an das brasilianische Volk“ nicht wie geplant im Freien statt, sondern im prunkvollen Stadttheater. Selbst die Übertragung auf einer Großleinwand wurde abgesagt, Spezialeinheiten der Polizei hielten Hunderte von Demonstranten auf Distanz.

Das neoliberal regierte Chile, wo er am Montag erwartet wurde, lobte der US-Präsident vorab in einem Zeitungsinterview als „Modell für die Region und die Welt“. Dort wollte er seine Vision für den Kontinent vorstellen, das „Konzept einer gleichberechtigten Partnerschaft“, das er seit Beginn seiner Amtszeit verfolge. Das zentralamerikanische El Salvador bildet am Mittwoch den Abschluss seiner Reise.

Auch wenn Obama und seine Familie in Brasilien durch Charme und Eleganz beeindruckten: Handfeste Ergebnisse gab es keine. So macht sich die südamerikanische Regionalmacht seit Jahren für die Erweiterung des UN-Sicherheitsrates stark und möchte dort ständiges Mitglied werden - wie Indien. Doch während Obama den indischen Wunsch klar unterstützt, beließ er es in Brasília bei einem vagen „Wohlwollen“.

„Wir hätten uns einen deutlicheren Rückhalt gewünscht“, sagte Rousseffs außenpolitischer Berater Marco Aurélio Garcia. Am Ende ihres „herzlichen und ehrlichen“ Gesprächs mit Obama habe die Präsidentin ein „emphatisches Plädoyer“ für den Frieden und diplomatische Konfliktlösungen gehalten.

In der vergangenen Woche hatte sich Brasilien bei der Abstimmung über die UN-Resolution zur Intervention in Libyen enthalten - wie Russland, China, Indien und Deutschland. Damit knüpft Rousseff an die Linie ihres Vorgängers Luiz Inácio Lula da Silva an.

2010 erreichten die Beziehungen zwischen Brasilien und den USA einem Tiefpunkt. Obama hatte Lula grünes Licht für einen Vermittlungsversuch im iranischen Atomkonflikt gegeben. Doch als Teheran tatsächlich auf die gewünschte Verpflichtung zu einer Urananreicherung im Ausland einging, machte Washington einen Rückzieher, Lula war blamiert. Demonstrativ blieb er jetzt dem Mittagessen zu Ehren Obamas fern.

Überhaupt haben sich auf dem Subkontinent die Illusionen über einen Neuanfang nach der Ära Bush zerschlagen. Dass der US-Präsident erst in seinem dritten Amtsjahr in den Süden reist, schürt dieses Gefühl. Eine politische Strategie für Lateinamerika habe Washington nicht, sagt der US-Experte Riordan Roett: „Man nimmt sich Zeit für Mexiko und Kuba, und ein bisschen für Venezuela.“

So bleibt Lateinamerika die traditionelle Rolle als Markt und Rohstofflieferant. „In dem Maß, in dem diese Märkte wachsen, wächst auch ihre Nachfrage für Güter und Dienstleistungen“, schrieb Obama in der Tageszeitung „USA Today“. „Als Präsident möchte ich sehen, dass diese Güter und Dienstleistungen in den USA hergestellt werden.“

Im Fall Brasilien bedeutet das: US-Firmen wollen sich an Infrastrukturprojekten für die Fußball-WM 2014 und die Olympischen Spiele 2016 beteiligen. Außerdem will Washington mittelfristig Erdöl aus den riesigen Vorkommen vor Brasiliens Atlantikküste beziehen. Brasilianische Agrarexporte werden hingegen nach wie vor mit hohen Zöllen vom US-Markt ferngehalten. Brasiliens Handelsbilanz mit den USA wies im vergangenen Jahr ein Defizit von acht Milliarden Dollar auf.

„Ich sehe unsere gemeinsame Zukunft sehr optimistisch“, sagte Dilma Rousseff dennoch am Ende ihrer Begrüßungsrede diplomatisch. Bestimmt fügte sie hinzu: Eine Allianz - „vor allem, wenn sie strategisch sein soll“ - könne aber nur gemeinsam und auf Augenhöhe entwickelt werden.

## Impressum

Herausgeber / Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik (GEP)  
gGmbH, Emil-von-Behring-Str. 3  
60439 Frankfurt am Main.

**Geschäftsführer:** Jörg Bollmann.  
Amtsgericht Frankfurt am Main,  
HRB 49081  
USt-ID-Nr. DE 114 235 916  
**GEP-Verlagsleiter:** Frank Hinte.  
**Chefredakteur der  
epd-Zentralredaktion:**  
Dr. Thomas Schiller.

**epd-Landesdienste:** Nord  
(Hamburg), Ost (Berlin),  
Niedersachsen- Bremen  
(Hannover), West (Düsseldorf),  
Hessen (Frankfurt am Main),  
Rheinland-Pfalz/Saarland (Speyer),  
Südwest (Stuttgart/Karlsruhe),  
Bayern (München).

**epd-Zentralredaktion**  
**Nachrichtenchef:** Karsten Frerichs  
(verantwortlich i.S.v. § 55 RStV);  
**Agenturdesk Text:** Renate  
Kortheuer-Schüring, Stefan Fuhr,  
Jürgen Prause; **Kirche u. Politik:**  
Rainer Clos (Lt.), Stephan  
Cezanne, Angela Götttsche;  
**Entwicklung u. Politik:** Elvira  
Treffinger (Lt.), Natalia Matter;  
**Sozialpolitik:** Markus Jantzer  
(Lt.), Dirk Baas; **Medien u. Kultur:**  
Diemut Roether (Lt.), Ellen Nebel,  
Michael Ridder. **Bundesbüro**  
**Berlin:** Jutta Wagemann, Bettina  
Markmeyer.

**Verlag/Bestellservice:**  
Tel: 069-58098-0  
Fax: 069-58098-226  
E-Mail: kundenservice@epd.de  
**Redaktion:**  
Tel: 069-58098-333  
Fax: 069-58098-122  
E-Mail: nachrichten@epd.de.

**Erscheinungsweise:**  
fünfmal wöchentlich (Mo.-Fr.)  
**Bezugspreis** für die  
epd-Zentralausgabe per E-Mail:  
monatlich 50 €  
Die epd-Zentralausgabe darf nur  
mit Zustimmung des Verlags  
weiterverwertet, gedruckt, gesendet  
oder elektronisch kopiert und  
weiterverbreitet werden. Jede  
Haftung für technische Mängel oder  
Mängelfolgeschäden ist  
ausgeschlossen.